

Aus dem Landrat

Gaba Therwil bekommt
Forschungszentrale

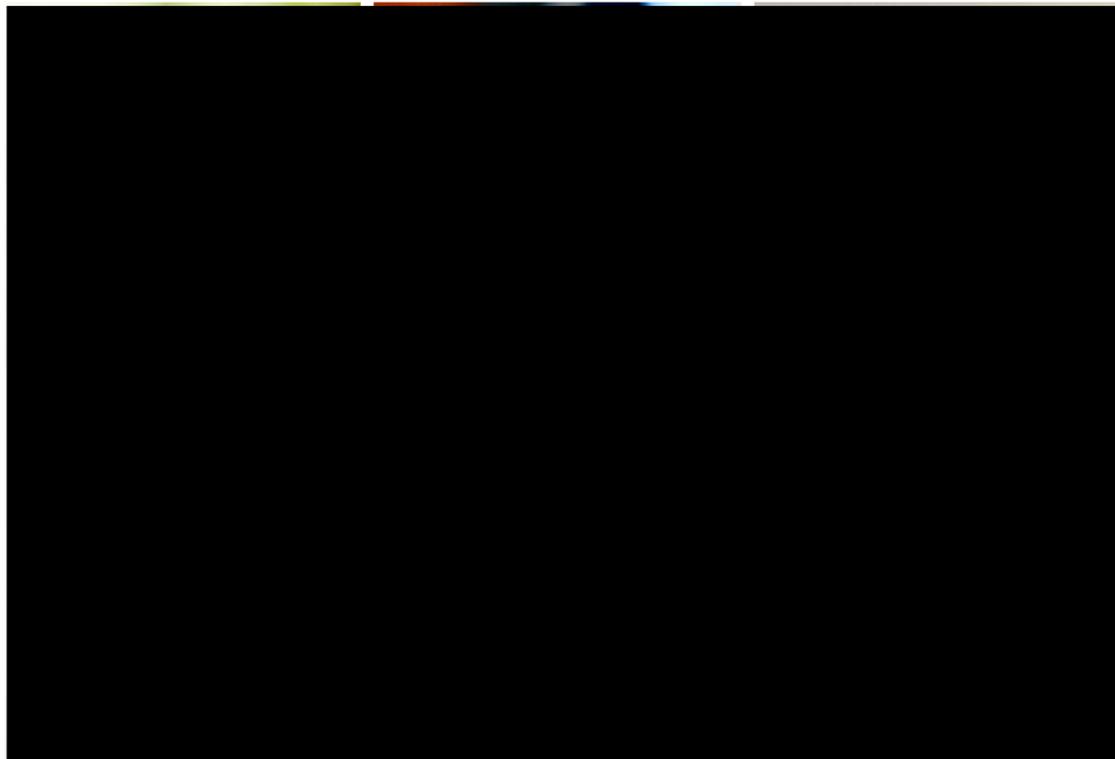
In der Fragestunde überraschte Volkswirtschaftsdirektor Peter Zwick mit Neuigkeiten zum Zahnpflege-Hersteller Gaba, der vor zehn Tagen die Schliessung des Produktionsstandorts Therwil bekannt gegeben hatte. Die vom Abbau nicht betroffene Abteilung Forschung und Entwicklung solle laut Zwick zu einer grösseren Forschungs- und Entwicklungszentrale für den amerikanischen Gaba-Besitzer Colgate-Palmolive ausgebaut werden. «Es werden also neue hochwertige Arbeitsplätze geschaffen», versichert Zwick. Wann der Ausbau stattfindet, könne er noch nicht sagen. Der Kanton werde aber demnächst das Gespräch mit Gaba suchen. Den Abbau der 100 Stellen in der Therwiler Produktion tangiert diese Ankündigung allerdings nicht. (MN)

Polizei Baselland nicht
am zweit schlechtesten

Eine Interpellation von Georges Thuring (SVP, Grellingen) mit dem aus der «Basler Zeitung» entnommenen Titel «Die zweit schlechteste Polizei der Schweiz» nahm Sicherheitsdirektor Isaac Reber zum Anlass, dieses Ranking zu diskreditieren: «Das ist einer der falschesten Titel der letzten Jahre.» Die Rangliste basiere lediglich auf der Gesamtaufklärungsquote der verschiedenen Kantone und mache keinen Unterschied, welche Verbrechen wo häufiger vorkämen. Dabei würden Einbrüche natürlich viel weniger oft aufgeklärt als etwa Morde. Mit lediglich 47 Delikten pro tausend Einwohner hätte die Baselländer Polizei in der Nordwestschweiz gar den besten Wert. (MN)

Betreuung Lösung per
neuem Rahmengesetz

Im März lehnte das Baselländer Stimmvolk das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich mit 51,3 Prozent Nein-Stimmen ab. Nun hat der Landrat eine Motion von Thomas Weber (SVP, Buus) als Postulat überwiesen. Die Regierung muss prüfen, ob ein neues Rahmengesetz für den Früh- und den Schulbereich möglich ist, das den Gemeinden genug Spielraum lässt. (MN)



Die Fraktionslosen Patrick Schäfli, Urs-Peter Moos sowie Neu-CVPLer Peter H. Müller (von links) wollen ihre Kommissionssitze nicht einfach so hergeben. BZ-ARCHIV

Abgebrochenes «Trauerspiel»

Kommissionssitze Verstossene lancieren eine landrätliche Schlammschlacht

Landrat BL



VON LEIF SIMONSEN

Irgendwann sprach Klaus Kirchmayr das Machtwort: «Beenden wir dieses Trauerspiel.» Damit meinte der Fraktionschef der Grünen die Schlammschlacht, die von den zwei Fraktionslosen Urs-Peter Moos (Ex-SVP), Patrick Schäfli (Ex-FDP) sowie Überläufer Peter H. Müller (Ex-BDP, heute CVP) losgetreten worden war. Ihre Wut richtete sich gegen den GPK-Präsidenten Hanspeter Weibel (SVP), der sein Amt zur Selbstdarstellung missbrauche. «Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) sollte unabhängig sein. Und das ist sie unter dem jetzigen Präsidenten nicht», meinte Müller im Rat. Das Verfahrenspostulat, das die Kommissionssitze an die Fraktionssitze knüpfe, sei nur unter dem «Deckmantel» einer einzigen GPK ausgearbeitet worden. FDP-Landrat Balz Stückelberger forderte Müller wegen Ausplapperns von GPK-Internas auf, seine Rede abubrechen: «Du verletzt das Amtsgeheimnis in grober

Weise.» Die grosse Mehrheit folgte dem Wunsch Kirchmayrs und Stückelbergers. Die Debatte wurde beendet. Was auf seinem Zettel noch stand, musste Müller der Bz im Vorzimmer erzählen. «Hanspeter Weibel ist in dieser Rolle nicht mehr tragbar. Ich werde ihn zum Rücktritt auffordern.»

Notfalls vor Gericht

Tatsächlich handelte es sich um persönliche Abrechnungen. Das von SVP, FDP, BDP/GLP eingereichte Verfahrenspostulat will, dass der Kommissionssitz zur Verfügung gestellt werden muss, wenn jemand während der Legislaturperiode die Fraktion verlässt.

Betroffen wären damit Müller, Moos und Schäfli, sofern der Vorstoss sofort umgesetzt würde. FDP-Fraktionspräsident Rolf Richterich appellierte: «Es wäre das Schönste, wenn die Betroffenen die Grösse hätten, sich selber zurückzuziehen.» Doch auch wenn sich Moos und Schäfli einer überwältigen-

den Mehrheit von 72:2 gegenübersehen, minderte das ihre Kampfeslust nicht. Sie kündeten an, juristisch gegen einen Ausschluss vorzugehen – wenn dieser sofort wirksam würde. «Ich habe Spass an Staatskunde», versicherte Moos. Das nahm ihm jeder im Saal ab: Schliesslich hat der Binninger schon als Gemeindepolitiker mehrmals seine Gefechte vor Gericht ausgetragen – und dabei immer recht behalten, wie er betonte. «Ich werde diesen

Sitz zu einhundert Prozent behalten.»

«Es wäre das Schönste, wenn die Betroffenen die Grösse hätten, sich selber zurückzuziehen.»

Rolf Richterich, FDP

Anlass zu Optimismus geben Moos, der mit seiner früheren Partei heillos zerstritten ist, auch die Voten. Selbst SVP-Fraktionspräsident Dominik Straumann spricht davon, dass es ihm weit weniger um eine Abrechnung mit den Dissidenten gehe als um die Sache. «Ob jetzt oder erst am Beginn der nächsten Legislaturperiode, ist egal», meinte er. Nun liegt der Ball beim Ratsbüro, das noch auf ein externes Rechtsgutachten warten muss.

Aufsteller



Ein Opfer der Traktanden-Schieberei (siehe Ablöcher unten) waren die Geschäfte zur Energiepolitik des Kantons. Statt am helllichten Tag kamen sie erst während des Eindunkelns an die Reihe. Den gestern oft gehörten Aufruf zum Stromsparen schienen die Landräte dabei sofort verinnerlicht zu haben. Die Stunden verstrichen und manch ein Parlamentarier beugte sich immer stärker über seine Notizen. Doch das Saallicht blieb lange aus. Erst um halb vier Uhr erhob sich Landratspräsident Jürg Degen (SP, Itingen) höchstpersönlich von seinem Thron, schritt zum Ausgang und schaltete die Deckenlampen an. Fast schon entschuldigend signalisierte er auf dem Rückweg manchem Landrat seine Tat. Dass von der Presstribüne schon am Morgen gleisend helles Licht strahlte, sei an dieser Stelle nicht verschwiegen.

Ablöcher



Gleich zu Beginn der Sitzung wirbelte Landratspräsident Jürg Degen (SP, Itingen) die Traktandenliste gehörig durcheinander. Dies unter anderem, weil Sicherheitsdirektor Isaac Reber nur morgens und Baudirektorin Sabine Pegoraro nur nachmittags anwesend sein konnten. Pegoraros Begründung, sie müsse an einem 100. Geburtstag ihre Aufwartung machen, brachte Ordnungshüter Gerhard Schafroth (GLP, Liestal) auf die Palme. Es könne nicht sein, dass deswegen die Traktanden umgestellt würden. Man habe sich doch vorbereitet, monierte er. Dafür erntete wiederum Schafroth neben saalweitem Kopfschütteln eine Schelte von Ordnungshüter Nummer zwei, Urs-Peter Moos (parteilos, Binningen), der Schafroth nur als «den Kollegen da drüben» ansprach und an die Debatte vor zwei Wochen erinnerte: «Soll das nun wieder unser Stil heute sein?»



In Gelterkinden soll man weiterhin schwimmen lernen können. ARCHIV

Wundermittel Gasttaxe

Tourismus Für Übernachtungen soll künftig eine Kurtaxe erhoben werden. Am 3. März entscheidet das Volk.

Wer im Kanton Baselland als Gast übernachtet, soll künftig eine Gasttaxe zahlen. Diese soll 3.50 Franken betragen und den Gästen über Vergünstigungen und andere Leistungen wieder zugute kommen. Im Landrat blieb die Vorlage gestern in erster Lesung unbestritten. Das letzte Wort hat nun das Volk. Wie Regierungsrat Peter Zwick bekannt gab, soll der Urnengang am 3. März 2013 stattfinden.

Mit den Einnahmen aus der Gasttaxe sollen zum einen Leistungen wie namentlich die Gratis-Abgabe von regionalen Mobility-Tickets finanziert werden. Dies soll einen Nachteil gegenüber Basel-Stadt beheben, wo Gäste schon lange solche Tickets zur kostenlosen öV-Nutzung erhalten. Mit einem anderen Teil der Einnahmen soll das Angebot im Baselländer wettbewerbsfähiger gemacht werden, so mittels Aufwertung von Anziehungspunkten oder Veranstal-

tungen. Erhoben werden muss die Gasttaxe von den Hotels sowie Betrieben der Parahotellerie, sprich Bed & Breakfasts. Der Kanton geht bei jährlich 310 000 Übernachtungen von Mehreinnahmen von gut einer Million Franken aus.

Sonderlob für Peter Zwick

Im Landrat erhofft man sich durch die Taxe einen Vorteil im interkantonalen Wettbewerb. Peter Brodbeck (SVP, Arlesheim) wies als Präsident der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission zudem darauf hin, dass die Taxe keinesfalls als Ersatz des – im Budget 2013 gekürzten – Verpflichtungskredites für Baselland Tourismus gesehen werden dürfe.

Da die Taxe rechtlich eine Steuer ist, ist zur Einführung eine Verfassungsänderung samt Volksabstimmung und Erwahrung durch das Bundesparlament nötig. Zwick versprach, noch abzuklären, wann die frühestmögliche Inkraftsetzung ist, nannte provisorisch aber Mitte 2013. Von Rahel Bänziger (Grüne, Binningen) gab es ein Extralob: «Endlich mal eine gute Vorlage der VGD. Weiter so.» (MN/SDA)

Kantonsverwaltung nutzt Öko-Strom

Erneuerbare Energien Die Baselländer Regierung soll, wo immer möglich, auf erneuerbare Energie umstellen: Der Landrat hat einstimmig einen entsprechenden Grundsatzentscheid gefällt. Laut der Regierung soll die Verwaltung künftig überall dort, wo keine besonderen Gründe eine Ausnahme rechtfertigen, bei den Stromanbietern das jeweils günstigste Produkt an Öko-Strom beziehen. Die Umstellung soll auf Anfang 2013 erfolgen.

Umstellung kostet halbe Million

Erwartet werden Mehrkosten von rund einer halben Million Franken, was 12,7 Prozent der bisherigen Stromeinkaufskosten entspricht. Die Hälfte davon soll die Verwaltung mittels Stromsparen kompensieren – sie muss somit ab 2013 rund 5 Prozent des bisherigen Verbrauchs einsparen.

Die andere Hälfte der Mehrkosten, nämlich rund 250 000 Franken, bewilligte das Parlament ebenfalls und nahm Mehrbelastungen der Abwasserlieferanten in Höhe von rund 160 000 Franken zur Kenntnis. Mit 69 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung folgte der Rat zudem der SVP, die in einem Zusatzantrag von der Regie-

rung ein Konzept verlangt hatte, um die Umstellung ohne zusätzliche Investitionen und Personalaufwand umzusetzen. Zudem soll die Regierung dem Parlament über die Umsetzung jährlich Bericht erstatten.

Erfolgsgeschichte Energiepaket

Einstimmig zur Kenntnis nahm der Landrat im Weiteren einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Baselländer Energiepakets. Im Zuge des Förderprogramms wurden 2010 und 2011 Beiträge von 18,8 Millionen Franken ausbezahlt – etwa für Gebäude-Isolationen. Das damit verbundene Auftragsvolumen betrage 122 Millionen Franken – und zwar grösstenteils für Baselländer Unternehmen.

Damit seien die Nachfrageerwartungen deutlich übertroffen worden, sagte Philipp Schoch (Grüne, Pratteln) als Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission. Erzielt worden seien mit den Geldern Einsparungen von rund 32 000 Megawattstunden Energie und über 6000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Regierungsrätin Sabine Pegoraro kündigte an, die Fördersumme von 50 Millionen Franken verdreifachen zu wollen. (MN/SDA)

Gelterkindens
Hallenbad kriegt
Unterstützung

Hallenbad Das Schicksal des Hallenbads Gelterkinden erweicht auch SVPLern das Herz. Für die Überweisung der Motion zur finanziellen Unterstützung eines Neubaus, die schliesslich auf Antrag des Bildungsdirektors Urs Wüthrich (SP) in ein Postulat umgewandelt wurde, erhoben sich im Rat gleich zwei Rechtsbürgerliche: Hans-Jürgen Ringgenberg (Therwil) sowie Karl Willmann (Füllinsdorf). «Die 3,5 Millionen sind zwar nicht in Stein gemeisselt – man muss die Ausgaben ja auch in eine Relation setzen», verteidigte etwa Ringgenberg die Auslagen. Michael Herrmann (FDP) sprach von einem Nutzen über Gelterkinden hinaus. Um einen Neubau des Hallenbads zu ermöglichen, ist Gelterkinden auf Hilfe des Kantons angewiesen – dies, nachdem aus dem Sportanlagenkonzept (KASAK 3) keine Mittel fliessen. Das Postulat wurde schliesslich ohne Gegenstimme überwiesen. (LSI)